

Bezugspreise:
Die Halle monatlich bei zweimaliger
Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.,
auschl. Anstellungsgeld. Des-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Für
amtlich, Zeitungsergebnis unter
Einschaltung eingetragener. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe, „Saale-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1413
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltenen 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unsere Geschäftsstellen u. familiäre
Anzeigenstellen. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ver-
kaufsstelle: Halle, Neue Promen-
nade 15, Dr. Straußstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4694.

Nr. 308.

Halle, Donnerstag, den 26. August 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Bisher 80000 Russen übergetreten.

Die äußere Politik des nächsten Jahres.

Solange der Friede von Versailles in seiner ur-
sprünglichen Form oder annähernd in dieser in Geltung
ist, muß die gesamte äußere Politik von dem Trachten
nach seiner gänzlichen Abänderung beherrscht sein.
Deutschland muß mit den Staaten zusammengehen, die
gleichfalls eine Abänderung wünschen. Das sind natür-
lich unsere Lebensgefährten, Völker und Staaten, die
jetzt angeraubt worden sind, und jene unglücklichen
Völker, die schon vor dem Kriege in Armut und Elend
leiden. Diejenige, die noch schwächer sind als wir — und das
ist die Mehrzahl — müssen mit aller Vorsicht, aber nach-
drücklich unterstützt werden. Welche der feindlichen
Staaten und Völker am ersten uns in unseren Bestre-
bungen unterstützen und darum von unserer Politik
geleitet werden müssen, hängt von der Entwicklung der
inneren Politik in diesen ab.

Der Gedanke, eine kontinental-europäische Politik
mit Frankreich gegen die Angelsachsen zu machen, ist
abzuw. Frankreichs unverdrossen deutschfeindlich,
geradezu rassistischer Nationalhaß schießt sie aus. Von
einer Umwälzung in Frankreich kann nur eine grund-
sätzliche Veränderung des Charakters der Politik erwarten,
der sich in die nationale Empfindung der Franzosen nicht
hinein zu denken vermag.

Englische Politik ist, wie es scheint, verfehlt,
wenn auch die liberale Opposition weiter versuchen wird,
die Friedensbedingungen zu mildern. Sie verdient
pfeifende Beachtung, man wird versuchen müssen, jede
Verbesserung, auch die kleinste, mitzunehmen. muß aber
klar darüber sein, daß das, was in den Augen der
englischen Liberalen und Sozialisten den Gipfel des
Entgegenkommens an Deutschland bedeutet, uns noch
immer unzulänglich erscheinen wird.

Es werden amerikanische Interessen den
deutschen parallel laufen. Möglicherweise wird Amerika
uns die Rolle zuschieben wollen, die Frankreich lange für
England gespielt hat. Vielleicht wird es zweckmäßig sein,
diese Rolle eine Zeitlang zu übernehmen, um gewisse
Vorteile zu erlangen. Am meisten werden unsere In-
teressen mit Rußland zusammengehen. Die jetzige
Form des polnischen Staates, die gemeinsame Abnei-
gung gegen die hochkapitalistischen formaldemokratischen
Ententstaaten usw. werden beide Länder einander
näher; auch wirtschaftlich sind sie jetzt weit stärker auf-
einander angewiesen, als vor dem Kriege. Ob diese
natürlichen Vorbedingungen zur Freundschaft auch in die
Tat umgesetzt werden können, hängt davon ab, ob
Rußland eine Staatsform finden wird, die nicht un-
mittelbare Gefahren für seine Nachbarstaaten birgt und
die es somit dauernd bündnisfähig macht.

Allgemeine Richtlinien für die Politik mit den
Großmächten lassen sich also nicht in dem Sinne geben,
daß irgendeine Marschroute von vornherein festgelegt
werden könnte. Zunächst wird uns nichts übrig bleiben
als Lokal die Friedenspunkte zu erfüllen. Damit soll
aber nicht gesagt sein, daß wir passive Politik machen und
uns treiben lassen wollen. Daß wir dies ziellos vor
dem Kriege taten, wurde unser Verderben. Ebenso ver-
fehlt ist, daß wir in Zukunft nur noch wirtschaftliche
Politik machen müßten. Gerade das Gegenteil ist richtig.
Natürlich dürfen wir wirtschaftliche Fragen nicht ver-
nachlässigen. Unser Volk muß sich, so unendlich wie es
scheinbar klingt, über die großen Richtlinien der aus-
wärtigen Politik für die nächsten Jahrzehnte einig
werden. Nur so kann Stetigkeit und Vertrauen in unsere
Politik gewonnen werden.

Grundlage unserer Politik muß das Streben
nach Selbstbestimmung für uns und alle
Völker sein. Die Grenzen der Staaten und der
Völker müssen sich bedenken. Wo diese wegen Mißlage un-
möglich, muß durch überstaatliche Gesehe die Vergemal-
terung der Minderheitsvölker durch das Staatsvolk aus-
geschlossen werden. Unmündige Völker müssen durch die
Gesellschaft der Völker beschützt und verwaltert, nicht aber
irgendwie verwaltet werden. — Aus diesen Grund-
sätzen geht schon hervor, daß ein Völkerbund für
uns die einzige Rettung ist. Ein Bund der
Völker, nicht der heutigen Staaten, die vereinigte Ge-
meinschaft gleichberechtigter Völker, ist auch unsere Zu-
kunft. Nur dort haben wir Aussicht, den gerechten Anteil
an den Weltverhältnissen zu erlangen und das zurück zu
erhalten, was man uns geraubt hat. Deutschland ist der
Bannerträger im Kampfe für das Recht aller Völker.

Dann wird es nicht nur seiner eigenen Sache vorzüglich
dienen, sondern es wird auch eine Politik gefunden
haben, die vorzüglich den eigenen Volkscharakter ange-
paßt und darum geeignet ist, von weitesten Kreisen
rechts und links aufgefunden und dauernd festgehalten
zu werden. Der ausgedrängte Sinn des Deutschen für
Gerechtigkeit, die er auch dem Gegner — ob er will oder
nicht — angedeihen läßt, wird eine Politik erleichtern,
die bemüht auf einen Ausgleich der Interessen
der Völker als Individualitäten hinabwirkt.

Das Unrecht des Friedens von Versailles ist so groß
und offensichtlich, daß es frühere angelegliche Sünden der
Deutschen in den Augen der nichtdeutschen Welt aus-
geseht hat. Wir müssen jetzt den politischen Gedanken
pflegen, der zugleich ein erlösendes und befreiendes
Wortgedanke ist. Dagegen verläßt die „Klitter“, „Frater-
nität“ und „Gallie“ der Franzosen, dagegen ist der
angelegliche Gedanke hoch und unwidrig.

Eine solche Politik ist natürlich nicht ohne Gefahr.
Sie wird von den jetzigen Machtverhältnissen schnell an-
gesehen werden und der Verleumdung ausgesetzt sein.
Aber haben wir das nicht auf alle Fälle zu erwarten?

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 26. August. Wie der „Böf. Bg.“ aus Oberschle-
sien gemeldet wird, erwartet man dort, daß von der deut-
schen Regierung in den nächsten Tagen Einladungen zu
einer Konferenz erfolgen über die Wahrung der Auto-
nomie für Oberschlesien.

Kattowitz, 25. August. Der Verkehr auf der Strecke
Kattowitz-Mysłowitz kommt allmählich wieder in Gang.
Die Züge werden wieder bis Mysłowitz durchgeführt. Die
Bahnhöfe sind von französischen Militär besetzt. Die Rei-
senden werden vor ihnen nach Waffen durchsucht. Auf dem
Bahnhof Mysłowitz sind Anordnungen der Eisenbahn-
direktion Kattowitz angehängt, die vom englischen
Kontrollleur genehmigt sind und alle Gewalttaten und
terroristische Akte auf das strengste verbieten. Außerdem
fordern größere Plakate die Bevölkerung auf, sämtliche
Waffen bis zum Sonntag nachmittags 4 Uhr abzuliefern.
Daraus kündigt sich aber leider kein Mensch. Nach wie vor
sind zahlreiche Waffen in der Hand der Polen. Die Fran-
zosen sehen dieser Treiben nachlosig zu. Der Weg nach der
Dreitausendertstraße ist seitens der Polen abgesperrt. In
Wielichowitz sind Franzosen eingetroffen.

Oppeln, 25. August. Das internationale Gericht ver-
urteilte gestern in Abwesenheit des Reichstags-Abgeord-
neten und verantwortlichen Schriftleiters des sozialdemo-
kratischen Kartellorgans für Oberschlesien Karl Donsky
zu 2000 Mark Geldstrafe wegen Unzufriedenheit und Ver-
letzung der Beamten zum Angehörten und erstlich den
Besitz zur zugehörigen Verfügung. Donsky hatte
bereits vor einiger Zeit der internationalen Kommission
unter Berufung auf seine Immunität als Mitglied des
Reichstages mitgeteilt, daß er der Ladung des Gerichts
nicht Folge leisten würde. Das internationalisierte Gericht
vertrat dagegen den Standpunkt, daß die Mandate der
berschlesischen Volksvertreter als erloschen anzusehen
seien und daß die Berufung Donskys somit hinfällig sei.

Eine neue deutsche Note.

Berlin, 25. August. Der Vorsitzende der Deutschen Frie-
densdelegation in Paris hat heute dem Präsidenten der
Friedenskonferenz im Anschluß an die Note vom 21. August
folgende weitere Note überreicht:

Die Lage im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet hat sich
seit dem 21. August in bedauerlicher Weise verschlim-
mert. Von 17 Kreisen, die unter internationaler Verwal-
tung stehen, sind 7 darunter der gesamte Industriebezirk,
von bewaffneten Aufwühlern heimgesucht, die an vielen
Stellen die tatsächliche Gewalt an sich gerissen haben. Durch
die Unruhen ist in der Kopalinerung, auf die
Deutschland zur Erfüllung der in Spa übernommenen Ver-
pflichtungen anerkanntermaßen angewiesen ist, eine bedeu-
tliche Störung eingetreten. Damit wächst die Gefahr eines
Stillstandes der Industrie und vermehrter Arbeitslosigkeit.
Gewalttaten gegen die deutsche Bevölkerung sind an der
Tagesordnung. Es wird gemeldet, daß sich alliierte Truppen
mit den Anhängern der Verbündeten. Die Sicher-
heitspolizei, die im Dienste der internationalen Kommission
Blut und Leben in bester bewaffneter Uniform einsetzen
müßte, ist trotz ihrer Hilfezeit vollkommen ohne Unter-
stützung gelassen worden.

Die internationalisierte Kommission hatte bei Übernahme
der Verwaltung in Oberschlesien beauftragt, daß sie alle
Unruhestifter, wer sie auch sein mögen, rücksichtslos und ohne
Gnade verfolgen werde. Alle diejenigen, die den Frieden
und die allgemeine Ordnung stören, revolutionäre Komplote
versuchen, offen oder heimlich zum Widerstand gegen die
Verwaltung aufstehen, sollten aufs strengste bestraft werden.

Der Zustand, in dem sich heute das Land befindet, steht
mit dieser Kundgebung im Widerspruch. Er widerspricht
aber auch dem Verträge von Versailles.

nach dessen Bestimmungen die Internationalisierte Kommission die
Pflicht hat, das Land zu schützen, die Ordnung aufrecht-
zuerhalten und die Bewohner vor Schäden an Leben und
Eigentum zu bewahren.

Wiederholt hat die deutsche Regierung die Aufmerksamkeit
der Internationalisierten Kommission und der verbündeten
Mächte auf die Bewohnung der polnischen Vereine ge-
lenkt. Sie hat durch authentische Dokumente den Nachweis
erbracht, daß von polnischer Seite, offenbar um die Ab-
stimmung zu vereiteln, eine gewalttätige Er-
hebung vorbereitet wurde. Sie behauptet, feststellen
zu müssen, daß ihre Warnungen unbeachtet geblieben
und so die augenblicklichen Zustände ermöglicht wurden.
Die Erzeugung der Bevölkerung, die sich dem
Terror einer bewaffneten Minderheit preis-
geben sieht, wächst und kann zu Folgen von un-
absehbarer Tragweite führen. Die Möglichkeiten zur
Einwirkung sind für die deutsche Regierung gering, da ihr
der unmittelbare Verkehr mit dem Abstimmungsgebiet ver-
sagt ist. Von den ihr gebliebenen beschränkten Mög-
lichkeiten macht sie Gebrauch, um eindringlich zur Ruhe und zur
Besonnenheit zu mahnen. Ihre Warnungen werden aber
auf die Dauer nur dann Erfolg haben, wenn in der Bevölke-
rung das Vertrauen auf Recht und Gerechtigkeit
wiederhergestellt wird.

Dazu ist erforderlich, daß die einheimischen Insurgenten
vollständig entmachtet und die über die Grenze eingedrungenen
Anrußler der Landes verwiesen werden, die
Sicherheitspolizei wieder in ihre Rechte einsetzt und die
Verwaltung der Insurgierten Kreise und Orte den gefe-
henden Behörden zurückgegeben wird. Als erstes zu
erfassen ist nötig. Auch kommt es darauf an, daß die
Anordnungen der obersten Stelle von allen Organen ge-
meinschaftlich befolgt werden. Wir bitten Maßnahmen gegen
eine Wiederholung der sich jetzt abspielenden Ereignisse sind
unerlässlich.

Die alliierten Mächte werden dem deutschen Volke nicht
ausweichen wollen, schweigend mitanzusehen, wie Deutsche in
Oberschlesien verzwängt werden. Das Recht und die
Pflicht der deutschen Regierung ist es, sich zum Sprecher des
verletzten Volksempfindens zu machen und darauf zu be-
stehen, daß das eng mit dem übrigen Reich verknüpfte Land
im Einklang mit den bestehenden Verträgen beherrscht wird
vermachtet wird.

Eine neue russische Offensive.

London, 25. August. (Sasas.) Ein Kampfer aus
Warschau vom 23. August 10.30 Uhr abends meldet, daß sich
in der Gegend von Brzeczowitz heftige Kämpfe mit
dem Feinde abspielten, der die Döfenslinie ergriffen habe
Auch im Gebiet der Graue Schow Luom seien schwere Kämpfe
im Gange.

Massenübertritt der Russen.

Königsberg, 25. August. Wie wir hören, beträgt die
Zahl der über die Reichsgrenze übergetretenen Russen jetzt zwischen
fünfhundert und sechshundert. Seit heute nachmittags 2 Uhr kommen
weitere drei Divisionen herüber, jedoch nach vorläufiger Schätzung
die Zahl sich auf siebzehnhundert Mann erhöhen dürfte.

Königsberg, 25. August. Den zusammengegangenen Russen
der 4. polnischen Armee, deren Kadetten in der Nacht
vom 24. August den Döfens überstritten hatten, gelang es
nach heftigen Kämpfen in Richtung auf Kolno durchzubrechen.
Der heftige Widerstand, den diese Abteilungen bei Walschitz
leisteten, zwang 300 Polen zum Übertritt über die Reichs-
grenze bei Friedrichsruh. Czuczyn ist am 24. August
von den Polen besetzt worden. Die weilsch von
huten erreichten am 25. August Wroslaw, und die weilsch von
der Bahnhöfen Klawe—Koblen abgemündeten und überreicht
der 4. polnischen Armee wurden von den Polen an-
gefangen. Die folgenden polnischen Armeen der Zentrums-
front erreichten in flankierender Ueberholung gegen Morgen
die Linie Kamin—Stawisz—Kolno. Hierdurch schloßen sie
den Ring um die 4. und 15. polnische Armee. Nach
der Einnahme Bialostok durch die Polen fand daselbst ein
zwanzigtägiger Straßenkampf statt, der für die Polen sie-
reich ausliefe.

Die polnischen Siegesnachrichten.

Hamburg, 25. August. Aus Kopenhagen melden die
„Samburger Nachr.“: Nach einem Telegramm aus Warschau
besagt das polnische Communiqué, daß der polnische Sieg
über die Bolschewisten vollständig sei. Die Bolschewisten
seien über 70 000 Gefangene gemacht und ungeheure
Mengen Material erbeutet. Infolge der Eroberung von
Bialostok sei der Rückzug des nördlichen bolschewistischen
Heeres bedroht.

Das englische Ultimatum an Rußland.

Amsterdam, 24. Aug. Entsprechend der Döfenschrift, die
bei dem Presseempfang in Luzern namens Lord Georges
und Glavinis verlesen wurde, hat Balfour eine Note
nach Moskau gerichtet, die gleichfalls betont, daß die
Friedensbedingungen, die nach den letzten Zu-

